

STADTTEIL-KURIER

ZEITUNG FÜR MITTE
ÖSTLICHE VORSTADT · HASTEDT

MONTAG
20. SEPTEMBER 2010

Bahnannrainer verbünden sich

Neue Initiative gegen Lärm und geplanten Ausbau von Gleis 1 gegründet / Umfangreiche Forderungsliste

Engeladen zur Gründungsversammlung in die Räume des Sozialen Friedensdienstes am Dammweg hatten Walter Ruffler (von links), Angelina Sörgel, Günter Knebel und Ulrich Daub. Gekommen waren über 80 Anwohner, zehn davon entschlossen sich spontan für die aktive Mitarbeit beim Initiativkreis.

FOTO: PETRA STUBBE



VON BASTIENNE ERL

Mitte-Schwachhausen. „Noch mehr Bahnlärm? Nein Danke“ – unter diesem Motto lud der Initiativkreis Bahnlärm jetzt zur Gründungsversammlung am Dammweg in Schwachhausen ein. Der Zustrom war immens. „Wir hatten zwar mit einer großen Beteiligung gerechnet, aber mit so vielen Leuten dann doch nicht“, sagte Günter Knebel vom Initiativkreis.

Verteilt hatten die Aktiven die Einladungen beiderseits der Bahnstrecke an die Anwohner der Hohenlobestraße bis zur Obernkirchner Straße sowie von der Straße Auser der Schleifmühle bis zur Stolzenauer. Mehr als 80 Bahnannrainer kamen – alle aus demselben Grund. Im Zuge der Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports in Wilhelmshaven rechnet die Deutsche Bahn mit erheblich mehr Güterverkehr, der den Bremer Hauptbahnhof passieren wird. Von jetzt 218 Güterfernzügen auf 280 im Jahr 2015, nachts von 83 auf 150. Gleis 1 soll vorrangig den Mehrverkehr aufnehmen und dazu ausgebaut werden. Aktiven und passiven Lärmschutz will die Bahn aber nur im Baustellenbereich umsetzen, da sie zu mehr rechtlich nicht verpflichtet ist.

[Dies ist einer der Hauptkritikpunkte der Bezirke Mitte und Schwachhausen. Das

Stadtteilparlament Mitte kritisiert auch, dass es Lärm- und Erschütterungsgutachten ebenfalls nur für den Baustellenbereich geben werde. „Außerdem beinhaltet das Konzept keine langfristigen Planungen wie neue Strecken oder Umleitungen“, sagte Sprecher des Bezirks Mitte, Michael Ruppel (Grüne).

Umrüstung von Waggons gefordert

Wenn es zum stärkeren Bahnverkehr komme, seien aktive Lärmschutzmaßnahmen des Bahnunverzichtbar, so der Beirat – unter anderem in Form von umgerüsteten Waggons und abgeschliffenen und damit leiseren Gleisen.

Zwar liegt das Planfeststellungsverfahren der Bürgerschaft noch nicht zur Entscheidung vor, doch es habe bereits übergeordnete Befassungen mit dem Thema gegeben, sagte Maïke Schaefer, Bürgerschafts-abgeordnete und verkehrspolitische Sprecherin der Grünen. „Grundsätzlich befürworten wir, dass der Güterverkehr auf die Schienen verlagert wird, aber wir sehen auch die Problematik, wenn Bremen dadurch zum Knotenpunkt wird.“

Deshalb fordern wir, dass die Bahn die beiden Nebenstrecken ausbaut, die sogenannten Bypässe.“ Schaefer ermutigte die Anwesenden, den Druck auf die Bahn zu er-

heben. „Wir brauchen ihre Unterstützung.“

Ralf Bohr (Grüne), Mitglied des Bezirks Hohenloingen, stellte klar, dass sich der Protest nicht gegen die Bremer Bürgerschaft und den Senat richten müsse, sondern die Deutsche Bahn der Hauptadressat sei. Wenn es um die Modernisierung der Schienenfahrzeuge gehe, habe man allerdings noch erheblich mehr Ansprechpartner, so Bohr. Im Antwortschreiben, das ein Anwohner auf seinen Widerspruch von der Bahn erhalten hatte, ließ es, dass mehr als 300 Unternehmen die Schienen nutzen. Die Ausstattung ihrer Züge läge in deren Zuständigkeit.

Bis zum Ende der Widerspruchsfrist gegen das Planfeststellungsverfahren im Mai gingen beim Verkehrsminister insgesamt mehr als 300 Widersprüche ein. „Zu diesen Einwendungen wird es Ende Oktober oder im November einen Erörterungstermin geben, dazu sollten so viele wie möglich erscheinen“, sagte Ulrich Daub von der Initiative. In vorangegangenen Treffen hatten die Aktiven bereits eine Resolution erarbeitet, die der neuen Initiative als Arbeitsgrundlage dienen soll. Einige der Kernaspekte: Lärmvermeidung an der Quelle, also die Umrüstung aller lauter Güterzüge, lärmabhängige Trassenpreise nach dem

Motto „Wer leise fährt, zahlt weniger“, Tempo 30 für leute Güterzüge; Sonntagsfahrverbot; eine lückenlose Lärmschutzwand entlang der gesamten Bahnstrecke in Bremen; Lärmschutzmaßnahmen an Gebäuden auch außerhalb des Bereichs um Gleis 1. „Und vor allem die Streichung des Schienenbonus, nach dem Bahnlärm im Vergleich zum Straßenlärm fünf Dezibel lauter sein darf“, verlas Initiativvertreter Walter Ruffler aus der Boonstraße das Papier.

Was in dem Entwurf fehlte, sei eine grundsätzliche Forderung, wandte Hans Jürgen Kröger aus der Hohenlobestraße ein: „Dass nämlich die Güterzüge ganz raus sollen aus Bremen. Das ist doch der übergeordnete Aspekt für uns alle.“

Unter Berücksichtigung einiger Ergänzungen stimmten die Besucher dafür, die Resolution als Arbeitsgrundlage des neuen Aktionskreises zu verwenden. Rund ein Dutzend Personen erklärten sich schließlich dazu bereit, aktiv in der neuen Initiative mitzuarbeiten.

Weitere Informationen sowie Einwendungen und Beschlüsse zum Planfeststellungsverfahren im Internet unter www.kleine-stadtautobahn.de (Rubrik „Stellungnahmen“).